

DENA-Spitze soll ohne grüne Vorrechte besetzt werden

Arbeitsrechtler wirft Staatssekretär Graichen Dienstpflichtverletzung vor
/ Gespräche zur Neubesetzung laufen

itz. BERLIN. Wegen der Trauzeugen-Affäre um den beamteten Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Patrick Graichen (Grüne) soll der Einfluss seiner Partei auf die Besetzung der Spitze des Bundesunternehmens DENA zurückgedrängt werden. Das wegen Graichens Einfluss gescheiterte Verfahren müsse nicht nur neu aufgerollt, sondern auch „transparent gestaltet werden“, fordert der energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Michael Kruse, gegenüber der F.A.Z. „Für die Führung einer wissenschaftlich arbeitenden Organisation sollten Leistung, Eignung und Befähigung entscheidend sein und nicht das Parteibuch“, so Kruse. Ähnlich äußerte sich Nina Scheer von der SPD. „Es ist Aufgabe des Ministeriums, das Verfahren ordnungsgemäß und unangreifbar aufzusetzen und durchzuführen“, sagte die Sprecherin der Fraktion für Klimaschutz und Energiepolitik der F.A.Z.

Zuvor hatte der DENA-Aufsichtsratsvorsitzende, der Parlamentarische Wirtschaftsstaatssekretär Stefan Wenzel (Grüne), angekündigt, dass die Findungskommission zur Auswahl des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur DENA „breiter aufgestellt“ werden müsse. Es sei nötig, dass die Kommission künftig „die Zusammensetzung der Regierung widerspiegelt“, also auch Sozialdemokraten und Liberale. Bisher hatten die Grünen das Gremium dominiert, nämlich Wenzel und Graichen. Auch der dritte Beteiligte kam aus ihrem Umfeld, ein Referatsleiter des Ministeriums. Die zweite DENA-Geschäftsführerin Kristina Haverkamp genoss nur Gaststatus. Das Trio hatte aus mehr als einem

Dutzend Bewerbern den Verwaltungswissenschaftler und Energiefachmann Michael Schäfer (Grüne) ausgewählt, Graichens Trauzeugen. Der Aufsichtsrat unter Wenzel war dem Vorschlag gefolgt und hatte ihn berufen. Erst Wochen später informierte Graichen seinen Chef, Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), über das Trauzeugenverhältnis.

Wegen des Verdachts auf Befangenheit wird die Ausschreibung wiederholt. Angeblich tritt Schäfer freiwillig von dem im April geschlossenen Vertrag zurück. Er verzichte zugleich auf eine „üppige Entschädigung“, meldet die „Bild“-Zeitung, ohne Quellen zu nennen. Die Gesamtvergütung des Postens beziffert der Beteiligungsbericht des Bundes auf 182.300 Euro im Jahr plus 13.800 Euro für die Altersvorsorge. Bestätigungen für Schäfers Rückzug gab es weder von der DENA noch vom Ministerium. Wie das Blatt weiter berichtet, wolle Schäfer mit diesem Schritt seinen Parteifreund Habeck schützen und zugleich vor der Bürgerschaftswahl in Bremen an diesem Sonntag den Abwärtstrend der Partei bremsen. In Bayern und Hessen wird am 8. Oktober gewählt.

Die Nachfolge des bisherigen DENA-Chefs Andreas Kuhlmann sollte zum 15. Juni erfolgen. Kuhlmanns Verabschiedung war für Dienstagabend geplant. Dazu wurden auch Habeck und Wenzel erwartet, ein Auftritt Graichens stand hingegen nicht auf dem Programm. Juristen machen darauf aufmerksam, dass der Vertrag mit Schäfer bis auf Weiteres gültig und nur einvernehmlich zu lösen sei. Üblicherweise werde ein Aufhebungsvertrag mit einer Abfindung geschlossen, sagte der Bonner Arbeitsrechtler Gregor Thüsing der F.A.Z. „Wenn Herr Schäfer also zustimmt und man sich gütlich trennt, heißt das noch nicht, dass kein Geld fließt.“

Der neue Geschäftsführer sei in einer starken Verhandlungsposition, denn einseitig könne der DENA-Aufsichtsrat den Vertrag nicht lösen. „Die Fehler lagen ja nicht auf seiner Seite, sondern auf der anderen, es gibt also wohl keinen Kündigungsgrund“, so der Rechtsprofessor. Dieser läge allenfalls vor, wenn Schäfer vorvertragliche Aufklärungspflichten verletzt oder das Gremium getäuscht hätte. „Eine Täuschung könnte zum Beispiel vorliegen, wenn sich die Herren Graichen und Schäfer trotz der engen Trauzeugen-Beziehung in der Findungskommission gesiezt hätten, um die Teilnehmer irrezuführen“, sagt Thüsing. „Das kann man aber nicht unterstellen, dafür gibt es keinen Anhaltspunkt.“ Graichens eigenes Verhalten nennt der Rechtsprofessor „unprofessionell und wahrscheinlich auch dienstwidrig“. Der Staatssekretär hätte seine Freundschaft zu Schäfer von vornherein offenlegen müssen und an dem Auswahlverfahren nicht teilnehmen dürfen. „Dass Herr Graichen zu spät reagiert hat, erfordert jetzt ein neues Auswahlverfahren, das Zeit braucht, Kosten verursacht sowie politischen und institutionellen Schaden anrichten kann. Das kann man als Dienstpflichtverletzung werten.“

Wenig ist zu einem möglichen Ersatz für Schäfer zu hören – und möglicherweise auch für Graichen. Erwähnt wird das grüne Urgestein Rainer Baake, der wie Graichen zwischen Ministeriumsämtern und grünen Lobbyeinrichtungen hin und her wechselte. Doch gilt er mit 67 Jahren als zu alt und eben auch als zu eng mit den grünen Vorfeldorganisationen verflochten. Wer in der DENA zum Zuge kommt, ist ebenfalls unklar, vermutlich aber niemand aus dem grünen „Dunstkreis“ aus Politik, Wirtschaft und Instituten. Die von Schäfer in der letzten Auswahl Ausgestochenen können sich theoretisch wieder bewerben. Die Liste ist aber noch unbekannt. Die DENA teilte am Dienstag lediglich mit, „dass die Gespräche laufen“.